

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 2/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



GEDENKEN AN LUXEMBURG & LIEBKNECHT

Petra Pau liest: "Gottlose Type - Meine unfrisierten Erinnerungen"

Am 20. Januar wohnten rund 30 Menschen im ARS VITAE Café in Rodewisch einer Lesung mit Petra Pau bei. Die Bundestagsvizepräsidentin füllte den Abend mit Geschichten aus ihrem aktuellen Buch „Gottlose Type – meine unfrisierten Erinnerungen“.

Die Antworten auf die Fragen von Moderator Maik Schwarz ließen die Anwesenden immer wieder schmunzeln. Manchmal füllten sie den gemütlichen Raum, aber auch mit ungläubigen Blicken. Ganz besonders nachdem Petra erzählt hatte, wie die GRÜNEN bei der Abstimmung zum Afghanistan-Einsatz auslösten, wer für den Krieg stimmen musste und wer dagegen sein durfte. Nach zwei interessanten Stunden und nur einigen wenigen der 53 Anekdoten aus dem Buch, blieb noch Zeit für Gespräche und Signaturen in die vor Ort erworbenen Exemplare.

Der darauf folgende Tag stand in Falkenstein im Zeichen der traditionellen Gedenkveranstaltung anlässlich der Ermordung an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Diese ist immer wieder eine gute Gelegenheit

nicht nur an die beiden Arbeiterführer und ihre Taten zu erinnern, sondern auch, um eine Brücke in Gegenwart zu schlagen. In diesem Jahr waren etwa 60 Menschen der Einladung unseres Kreisverbandes gefolgt.

Auch hier war Petra Pau, als Gast eingeladen. Direkt nach dem Redebeitrag von Peter Giersich, welcher wie bereits in den Vorjahren für die VVN-BdA ans Mikrofon trat, blickte Petra auf das am Dienstag zuvor gefällte Urteil im NPD-Verbotsverfahren und kritisierte das Vorgehen der Sicherheitsbehörden rund um den NSU.

Ihre Rede schloss sie mit einem Appell: „Eine Welle von Nationalismus und Rassismus flutet das Land. Dagegen müssen alle aufbegehren, denen Menschenwürde und Bürgerrechte wichtig sind. Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen und endlich mehr Anstand der Zuständigen.“ Weder Anstand noch Aufstand könnten durch ein Gerichtsurteil ersetzt werden.

Lars Legath



Die Rede von Petra Pau finden Sie über den nebenstehenden QR-Code oder unter: http://petrapau.de/person/down/170121_I-falkenstein.pdf

aus dem	Knapper Verdienst.....	S. 2
Inhalt:	aus dem Sozialforum Göltzschtal.....	S. 4
	Schattenseite Schienen.....	S. 5
	Briefe.....	S. 6

EIN KNAPP GERINGVERDIENER MÜSSTE MAN SEIN, ZUMINDEST IN WOLFSBURG

Der Satz klingt absurd, aber angesichts der Zahlen, die das Sozialministerium auf Anfrage der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Sabine Zimmermann präsentiert, sollte man auch so etwas mal aussprechen. In Wolfsburg nämlich gilt man mit 3.073€ Brutto noch knapp als Geringverdiener. Jemand der in Sachsen ein mittleres Einkommen hat, schaut sicher neidisch auf den Geringverdiener von Wolfsburg. Der sächsische Geringverdiener, der weniger als 2/3 des mittleren Einkommens und demnach weniger als 1.548 € Brutto hat, fragt sich zu Recht, wann beim Einkommen endlich die deutsche Einheit vollzogen wird.

Ich würde mal behaupten, dass im Vogtland fast Jede/r gern an der Wolfsburger „Geringverdienergrenze“ verdienen würde. Selbst ich, als Angestellter im öffentlichen Dienst, liege noch darunter. Mir geht's aber nicht um mein Einkommen, ich habe nicht wirklich Grund zum Klagen. Mir geht's darum, dass viele Menschen, derzeit mit Löhnen nach Hause gehen, von denen Sie nicht leben können. Eine Anhebung des Mindestlohns auf 12 € in der Stunde z.B. würde das Problem in Sachsen weitgehend lösen. Mit 1.920 € Brutto bei Vollzeitbeschäftigung läge dann keiner mehr unter der Geringverdienergrenze.

Maik Schwarz

INVESTITION IN MENSCHEN STATT IN BETON UND STEINE

Am 07.01. durfte ich beim Neujahrsempfang des Vogtlandanzeigers dabei sein.

Eine Veranstaltung von der „Otto-Normal“ immer denkt, dass dort nur Sekt getrunken und geschlemmt wird, während sich die nach außen verstrittenen Politiker heiter unterhalten. Dazu anspruchsvolles Kulturprogramm.

Und ja, ein klein wenig ist das auch so. Ich möchte nicht wissen, wie Viele ausschließlich wegen der Häppchen da waren, aber es gab auch Nachdenkliches. Eine Aussage ist bei mir besonders hängen geblieben, und ich hoffe auch bei einigen anderen teils hochrangigen Vertretern der Politik. In der Eröffnungsrede sprach Herr Hub, der Herausgeber des Vogtlandanzeigers, davon, dass momentan sehr viel investiert wird. Aber eben leider nur in Steine und Beton und nicht in Menschen.

Ich finde, er hat mit dieser Aussage den Finger in der Wunde. Was wird nicht alles gebaut, neue Straßen, neue Verwaltungssitze, neue Flughäfen, neue Bahnhöfe, neue Sportstätten, alles größer, besser und teurer als das bisher Dagewesene. Das alles gilt als Investition. Gleichzeitig fehlt aber Geld im Unterhalt von Kultureinrichtungen, bei der Jugendarbeit, an Schulen, bei Personal in Kitas, um einen besseren Betreuungsschlüssel zu erreichen.

Eben diese Dinge zählen nicht als Investition. Warum eigentlich nicht?! Spricht man nicht von „Investition in die Zukunft“, wenn man für gute Bildung bei Kindern sorgt? Sind eben diese Ausgaben für Menschen von der Kita bis zum Erwachsensein nicht Investitionen in Bildung? Vielleicht sollten wir den derzeitigen Investitionsbegriff hinterfragen.

Es wird so oft von einer Investitionsquote gesprochen, die es zu erfüllen gilt. Die Investitionsquote ist in der Volkswirtschaftslehre der Anteil der getätigten Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt.

Eine bestimmte Investitionsquote ist die Voraussetzung für das langfristige Wachstum einer Wirtschaft. Steckt hier nicht vielleicht sogar der Fehler? Ist man zu vernarrt auf den „Götzen“ Wachstum, dass man die eigentlich wichtigsten Teile vergisst, die Menschen?

Wie gesagt ich hoffe, dass bei einigen der Anwesenden dieselbe nachdenkliche Stimmung aufkam.

Maik Schwarz

INTERNATIONALER FRAUENTAG 2017

Liebe Genossinnen und liebe Frauen,

wir laden recht herzlich ein, zu einem gemütlichen Nachmittag in den Seniorenverein Klingenthal im Rathaus (ehemals Vogtlandkeller). Gemeinsam mit den tschechischen Genossinnen aus unserer Partnerstadt Kraslice findet am Sonnabend, dem 04. März 2017, um 14:30 Uhr unsere diesjährige Frauentagsfeier mit Überraschungen statt.

DIE LINKE Basisgruppe Klingenthal

BÜRGER*INNEN-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

06.02.2017: 10:00 – 13:00 Uhr

28.02.2017: 10:00 – 12:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

Für alle Betroffenen wird nach vorheriger Absprache auch eine Hartz IV-Beratung im Bürgerbüro Oelsnitz/Vogtl. angeboten.

WAS WIR AUS DEM STREIT UM SAHRA WAGENKNECHT LERNEN SOLLTEN

Auf der Seite "Leserbriefe" des Neuen Deutschland ist eine Kontroverse entbrannt: "Die LINKE mit Sahara kann ich nicht wählen" - "Ich kann DIE LINKE ohne sie nicht wählen". Inzwischen betonen Spitzenpolitiker der LINKEN, die Differenzen seien beigelegt. Gut so. Denn es müsste zu den Prinzipien unserer Partei gehören, gravierende Meinungsunterschiede und Deutungsfragen zunächst in der Partei, nicht in den Medien auszutragen.

Aber sollten wir aus dem Streit, so wie er geführt wurde, etwas lernen?

Was wurde (und wird sicher noch) Sahara vor allem vorgeworfen:

- 1.) Sie kritisiere die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und schüre Bedrohungsängste in der Bevölkerung,
- 2.) sie bediene systematisch rassistische Ressentiments und fische am rechten Rand.

Belege für diese Behauptungen wurden unter anderem dem Interview entnommen, das sie am 5. Januar dem "Stern" gegeben hat. Rechtfertigen ihre Äußerungen im Interview und anderswo aber die obengenannten Vorwürfe?

Zu 1.) Die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin bezeichnet Sahara im Interview als leichtfertig, da Merkel keinen Plan und kein Konzept für die Bewältigung der neuen Aufgaben hatte und ihre Politik damit Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung erzeugte. Sahara kritisiert die unkontrollierte Grenzöffnung im vorigen Jahr, die zur Folge hatte, dass wir nicht wussten, wer ins Land kommt, und sie wirft Merkel vor, dass sie sich nicht darum gekümmert habe, wer die Kosten für Aufnahme und Integration trägt, ob sie etwa auf Mittel- und Geringverdiener abgewälzt werden. Das habe zu großer Abwehr geführt, die sich dann von Rechts instrumentalisieren ließ. Damit habe sie die AfD groß gemacht. Sahara verteidigte aber stets das Asylrecht und betont, dass Asylrecht keine Obergrenze kennt. Sie kritisierte auch den "völligen

Rechtsschwenk" der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingspolitik auf dem letzten CDU-Parteitag. Zum Problem der Flüchtlinge, die wegen Armut und Not ihr Land verlassen haben, fordert sie von Deutschland, mehr gegen die Armut auf dieser Welt zu tun.

Zu 2.) Dass Sahara systematisch rassistische Ressentiments bediene (Jan Ole Arp im Neuen Deutschland vom 7./8. Januar 2017) kann ich keiner ihrer Äußerungen entnehmen: Als sie im Zusammenhang mit der Gewalt gegen Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015/16 von verwirktem Gastrecht sprach, war das zwar falsch, denn Asylsuchende sind nach geltendem Recht keine Gäste, Rassismus kann ich dabei aber nicht erkennen. Wenn sie im Stern-Interview sagt, dass Deutschland nicht alle Armen dieser Welt aufnehmen könne, kann man ihr den Gebrauch dieser Formulierung vorwerfen, weil sie von großen Teilen der Bevölkerung als Argument gegen die Aufnahme von Geflüchteten überhaupt gebraucht wird, der Vorwurf des Rassismus ist aber auch hier unberechtigt. Sachlich richtig ist diese Aussage allemal, immerhin gibt es mehrere Milliarden Arme auf der Welt.

Flucht ist aber keine Lösung: Sie beseitigt weder die weltweite Armut noch verhindert sie Kriege, Terror und politische Verfolgung. Sahara fordert im Interview: "Wir müssen Kriege beenden, vor denen Menschen fliehen. Wir müssen aufhören, armen Ländern Freihandelsabkommen zu diktieren, und dann ihre Wirtschaft mit unseren subventionierten Agrarprodukten ruinieren. Denn genau das führt vor Ort zu Verzweiflung und Flucht." Und sie macht bewusst, dass Deutschland zur Schaffung der Fluchtursachen beiträgt: durch die Unterstützung von Ölkriegen der USA und ihrer Verbündeten, von Kriegen in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien, die angeblich gegen den Terror geführt wurden, die aber den "Islamischen Staat" und andere Terrorgruppen erst stark gemacht haben. Dass Fluchtursachen bekämpft werden müssen durch eine radikal andere internationale Wirtschafts-, Um-

welt- und Sicherheitspolitik hat sie außerdem in vielen Schriften ausführlich dargelegt.

Den Vorwurf, dass sie am rechten Rand fische, finde ich infam. Hat jemand, der das behauptet, je eines ihrer Bücher gelesen? Z.B. "Freiheit statt Kapitalismus" oder "Reichtum ohne Gier"? Sahras Forderung, DIE LINKE dürfe die Benennung von Problemen nicht der AfD überlassen, ist grundlegend für eine glaubwürdige Politik unserer Partei. Dass es dabei zu Übereinstimmungen mit Äußerungen von AfD-Vertretern kommen kann, darf uns nicht veranlassen, Wahrheiten zu ignorieren, auch darin stimme ich ihr zu: Wir bestreiten doch nicht, dass unsere Behörden angesichts der Vielzahl der Flüchtlinge 2015 total überfordert waren, mehrfach hat DIE LINKE bereits vor 2015 kritisiert, dass unsere Polizei kaputtgespart wurde, natürlich ist es nicht leicht, eine große Anzahl von Menschen - noch dazu aus anderen Kulturkreisen - zu integrieren, selbstverständlich ist damit zu rechnen, dass mit den Flüchtlingen auch "Rächer" und Terroristen einreisen. Der Unterschied zur AfD muss aber unser Wille sein, uns diesen Problemen zu stellen und Lösungen zu organisieren, national und international.

Was sollten Schlussfolgerungen aus dem Streit für und gegen Sahara sein:

Aussagen von Politikern nicht aus dem Zusammenhang reißen, Stimmungen der Bevölkerung genauer erkunden, Probleme nicht verdrängen, praktikable Handlungskonzepte ableiten und vor allem: für Menschlichkeit, Verantwortungsbewusstsein und internationale Solidarität werben! Und gewiss sein, dass Sahara zu den wichtigsten Politikern der LINKEN gehört!

Dr. Dorothea Wolff

VERTRAG ZWISCHEN JOBCENTER UND HARTZ IV-BETROFFENEN

Vom Sozialforum Göltzschtal am 12. Dezember 2016

Über Nutzen und Tücken der Eingliederungsvereinbarung informierte das Bürgerforum in seiner Dezemberversammlung. Thema war ein Vertrag, den das Jobcenter mit fast jedem erwerbsfähigen Hartz IV-Betroffenem abschließt.

Da dieser Vertrag der Optimierung des Eingliederungsprozesses dienen soll, kann er eigentlich nur nach einer umfangreichen Potentialanalyse (lt. Dienst-Anweisungen der Bundesagentur für Arbeit) gemeinsam mit dem Erwerbssuchenden erarbeitet werden. Diese Aufgabe erfordert vom Vermittlungspersonal des Jobcenters nicht nur Kenntnisse über verschiedenste Berufsbilder, sondern auch Sensibilität und Empathie für den Gegenübersitzenden. In der Praxis ist das oft nicht der Fall. Nur bedingt hat der Betreffende als untergeordneter Vertragspartner Möglichkeit der Einflussnahme. Er hat sich dem Handlungsspielraum des Mitarbeiters im Jobcenter zu fügen.

Kommt es aus Gründen der Verweigerung der Unterschrift zu keinem Abschluss, führt dies nicht zu Sanktion, jedoch erlässt die Behörde einen Verwaltungsakt mit identischem Wortlaut, wogegen mit rechtlichen Mitteln widersprochen werden kann. Bevor es soweit kommt, sollte jedoch von dem wenigen Mitspracherecht Gebrauch gemacht werden.

Für den Inhalt einer Eingliederungsvereinbarung ist grundsätzlich wichtig, dass Pflichten und Leistungen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen. Kosten, die sich aus den Forderungen des Jobcenters an den

Erwerbssuchenden ergeben, müssen unbedingt komplett abgedeckt werden. Dazu zählen die finanzielle Absicherung von Bewerbungen und Vorstellungsgesprächen. Ist dies in der Eingliederungsvereinbarung festgehalten, dann besteht ein rechtlicher Anspruch darauf.

Wenn die Pflichten der Eingliederungsvereinbarung nicht erfüllt werden, kann der Betreffende mit 30prozentigem Abzug der Hartz IV-Leistung bestraft werden. Absurde Wünsche des Jobcentermitarbeiters, wie die „Erstellung der Bewerbungen nach DIN 5008“ sind deshalb nicht zu akzeptieren.

Betreffende sollten den ihnen beim Meldetermin vorgelegten Eingliederungsvorschlag zur Überprüfung mit nach Hause nehmen und evtl. von kompetenter Stelle prüfen lassen. Der unterzeichnete Vertrag mit Änderungen bzw. Streichungen dem Jobcenter vorgelegt, bewirkt manch wundersame Wendung. Angemessene Gegenvorschläge wurden Erfahrungsberichten der Besucher des Sozialforums zufolge schon erfolgreich akzeptiert.

Auch in diesem Jahr wurde das Sozialforum Göltzschtal durch die Stadt Auerbach und die beiden großen Wohngesellschaften AWG und AWO bei seiner Arbeit unterstützt, sei es durch Spenden, kostenlose Raumnutzung für die Veranstaltung oder die Verbreitung der Einladungen. Dafür ganz herzlichen Dank!

Kathrin Kosche

SOZIALFORUM Göltzschtal

13. März 2017

18.00 bis 19.30 Uhr

Klubraum der Auerbacher AWG
(08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32)

Das soziale Sicherungssystem

Über Anspruchsvoraussetzungen auf zur Verfügung stehende Leistungen, Vorrangigkeit, gegenseitige Aufrechnung und Konflikte im System wird das Sozialforum Göltzschtal informieren. Es lädt alle sozial engagierten und betroffenen Bürger ganz herzlich zum Informationsabend ein.

www.sozialforumgoeltzschtal.de



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
15. Februar 2017

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

BAHNHOF PLAUEN-MITTE

Wo Licht ist, ist auch Schatten



Der neue Bahnhof ist jetzt in Betrieb. Allerdings wurden gleichzeitig die anderen an der Elstertalbahn im Plauener Stadtgebiet liegenden Bahnhöfe Zellwolle, Unterer Bahnhof und Chrieschwitz geschlossen.

Die Stadt Plauen begründet diese Schließungen mit der Einsparung der von der DB AG erhobenen nicht unerheblichen Stationsgebühren für jeden Zughalt, wobei auch Bedarfshalte mitgerechnet werden, wo der Zug gar nicht anhält.

Damit ist auf der Elstertalbahn kein innerstädtischer Schienen-ÖPNV mehr möglich. Bis zur Schließung des Bahnhofes Chrieschwitz vor einigen Jahren wegen der defekten Fußgängerbrücke führen beispielsweise im Neubaugebiet Chrieschwitz wohnende Mitarbeiter mit dem Zug in weniger als 10 Minuten in das Industriegebiet Zellwolle, wo es auch heute einige große Betriebe gibt. Damit auf der Elstertalbahn auch weiterhin ein innerstädtischer Schienen-ÖPNV möglich ist, müssen auch nach der Inbetriebnahme des Bahnhofes Plauen-Mitte die anderen Bahnhöfe im Plauener Stadtgebiet weiterhin in Betrieb bleiben, ausgebaut (z. B. eine sichere Gleisquerung von der Südvorstadt im Unteren Bahnhof und die Erneuerung der Fußgängerbrücke im Bahnhof Chrieschwitz) und möglichst durch weitere Bahnhöfe wie z. B. an der Hofer Straße, Streichhölzerbrücke (hier wird ein großes Industriegebiet an der Hammerstraße erschlossen) und in Rich-

tung Gera hinter dem Bahnhof Chrieschwitz der Bahnhof Chrieschwitzer Straße (hier befindet sich ein Wohngebiet und von hier könnte man das Freibad Preißelpöhl fußläufig gut erreichen) ergänzt werden.

Damit könnte die Elstertalbahn die Beförderungsaufgaben der seit ca. 100 Jahren durch die Hammervorstadt geplanten, aber durch Krisen und Kriege nie realisierten Straßenbahnlinie übernehmen. Damit ein attraktiver innerstädtischer Schienen-ÖPNV über DB-Strecken für die Städte nicht zur Kostenfalle wird, muss das Eisenbahnkreuzungsgesetz, welches es der DB AG ermöglicht, die Betriebskosten von Bahnhöfen auf die Städte umzulegen, abgeschafft werden!

Ulrich Neef

KREISTAGSFRAKTION SOLIDARISCH MIT DER BI GRÜNBACH

Wir beginnen mit einer Frage: Haben sich die Entscheider der Energiebetriebe, die Abgeordneten des sächsischen Landtages, des Kreistages Vogtland und der Stadt Falkenstein schon einmal den Trassenverlauf angesehen? - Wir haben es. Die alte Freileitungstrasse geht in Grünbach unmittelbar an der Wohnbebauung, z.T. durch Wohnbebauung und im Bereich der Ski-Loipe entlang. Werden dort neue und größere Masten gesetzt, bzw. die bestehenden aufgerüstet, gibt es eine noch größere Verschandelung des Luftkurortes und des Tourismusgebietes.

Neben dem Optischen, ist aber auch mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch den sogenannten „Elektromog“ zu rechnen. Das sollte auf Grund der langen Lebensdauer der Freileitungen vermieden werden. Um das zu untersetzen wer hat schon mal das Erlebnis gehabt, unter einer Hochspannungsleitung bei Regen oder Nebel zu wandern?

Durch ein ständig surrendes Geräusch ist ein Gespräch kaum noch möglich. Von der subjektiven Wahrnehmung einer statischen Aufladung der Bekleidung ganz zu schweigen. Sollen solche ruhestörende und elektrostatische Erscheinungen den Bürgern, ihren Kindern und Enkeln zugemutet werden?

Jetzt müssen so viele Trassen von Nord nach Süd gebaut oder ertüchtigt werden, dann bitte bei Wohnbebauungen ab in die Erde.

Den Bürgerprotest werden wir unterstützen. Die Aktion mit den Schaufeln an den Grundstücken finden wir gut. Dies sollte durchgehalten werden.

Kabel, ab damit in die Erde!

Martin Mailach

SCHMÄHLIED AUF DEN LANDRAT GLOSSIERT

Sowas kommt von sowas ... sagt man wohl in Berlin, wie ich mich gern erinnere, in solchen Fällen. Der Wiener macht ein Lied draus mit dem bekannten "Wiener Schmä". Einem "waschechten Vogtländer" indes war es nun vorbehalten, einen "draufzusetzen" mit einem "Schmä-Lied" oder so.

Natürlich nicht "Irgendeiner" und auch nicht "Irgendeines" über "Irgendeinen": Jens Pfretzschnur, der verdienstvolle langjährige Chef der Kultur - GmbH, aber dennoch wegen "Aufmüpfigkeit" oder besser: Kritik am Landrat" gefeuert". Hatte er sich doch erlaubt, sich nicht nur für seine Mitarbeiter sondern den Erhalt der vogtländischen Kulturlandschaft einzusetzen, sich gegen den "Kultur - Kahlschlag" des Landrates gestellt. Nun wollte er wohl mit diesem Lied einen musikalischen Schlußstrich ziehen unter diese jämmerlich - beschämende Posse. Rechtlich hatte man sich ja, wie zu erfahren, über einen Vergleich geeinigt. Der allerdings dürfte auch nicht gerade zum "Nulltarif" für den Landkreis zu erhalten sein. Macht ja nichts, wir haben es doch (siehe Palazzo prozzi). Nun hat sich dieser Jens Pfretzschnur gar noch erlaubt, ein solches Lied zu schreiben, zu veröffentlichen gar. Über unseren Herrn Landrat. Das stelle man sich vor. Na hoffentlich wird man ihn nicht am Ende noch vor Gericht zerren, wegen "Majestätsbeleidigung" etwa, wie damals in der "Affäre Böhmermann". Und vorraussichtlich mit dem gleichen Ergebnis: Nach einem aufwendigen, zeit- und kostenintensiven Prozess am Ende mit dem gleichen Ergebnis: Im Urteilspruch bestenfalls ein "Freispruch" - "in Dubio proreo" - Im Zweifelsfalle....kostet dem Landkreis natürlich wieder eine Stange Geld, aber das sparen wir doch schon wieder irgendwo ein, gelle? (Ich weiß auch schon wo) Was den Inhalt des "Schmäliedes" betrifft: Nichts Genaues weiß man nicht. Wurde vorsorglich bei You Tube entfernt, was nichts Gutes vermuten läßt. Wäre es doch um so mehr, zumal in Anbetracht des Ausmaßes, den die Sache doch nun einmal angenommen hat, eine Veröffentlichung des Textes wert. Danach möge sich der mündige Bür-

DETAILLIERT BEGRÜNDETE BLAUÄUGIGKEIT

Es hat mich nicht überrascht, aber schwer enttäuscht – das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum NPD-Verbot. Das Bundesverfassungsgericht stellte im Wesentlichen das fest, was Antifaschisten bereits wissen:

1. Die NPD und deren Organisationen sind grundgesetzwidrig.
2. Die Auffassungen der NPD und deren Organisationen sind mit denen der NSDAP wesensverwandt.
3. Die Auffassungen der NPD und deren Organisationen sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar.

Ich erinnere an das Potsdamer Abkommen, Punkt A.3.III: „Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistische und militaristische Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“

Ein Verbot dieser Partei wäre angesichts der vom Gericht festgestellten Gründe – auch wegen des historischen Auftrages – konsequent gewesen.

ger selbst sein Urteil bilden. Oder? Wie wärs liebe Redaktion? Selbst auf die (berechtigte) Gefahr hin, daß es manchem nicht gefallen wird. Aber so geht nun einmal Demokratie. Wie hatte sich der Satiriker Alf Scorell (Scorell) kritisch zum Thema geäußert: ".... wenn manchen alles, allen aber nur manches erlaubt ist." Habe ich mir nun, seit gut 60 Jahren kritischer Journalist erlaubt, die Meinungs- (und Presse-) Freiheit solcherart zu beanspruchen. Vielleicht dann doch vielleicht gar auch ein wenig Nachdenklichkeit da in der Plauener "Oberetage" zu erzeugen. Werde mir aber eher wohl den Zorn von dort zuziehen. Aber - sei's drum: Das bin ich in diesem Beruf gewohnt. Und nun erst recht. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Jürgen Böhm

Das Verbot wurde deshalb verweigert, weil die NPD und deren Organisationen zurzeit nicht in der Lage seien, eine Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung erfolgreich zu betreiben. Begründet wurde diese Einschätzung mit den gegenwärtigen Wahlergebnisse, Sitze in Parlamenten und Kommunalvertretungen, Organisationsfragen der NPD usw.

Somit stellt sich die Frage, welche Größenordnung müssen diese genannten Kriterien erreichen, um genügend Gefährlichkeit auszustrahlen. Darauf gibt das Bundesverfassungsgericht keine konkrete Antwort. An diesem Punkt waren wir im Jahr 1945 weiter, denn unter dem unmittelbaren Eindruck der Folgen dieser verbrecherischen Ideologie und Politik wurde im Potsdamer Abkommen prinzipiell die Verhinderung der Auferstehung des Nazismus gefordert.

Übrigens wurde beim Verbot der KPD nicht gefragt, ob man tatsächlich fähig sei, die Ordnung der Bundesrepublik zu beeinträchtigen bzw. zu beseitigen. Im jetzigen Urteil wird explizit darauf hingewiesen, dass man der damaligen Urteilsfindung in diesem Punkt nicht folgt. Resultierend aus dem Urteil muss u.a. ein Gesetz verabschiedet werden, durch das zumindest die Erstattung von Wahlkampfkosten, sowie die Zahlung anderweitiger staatlicher Gelder an Parteien, Organisationen und Vereine verboten ist, die aufgrund eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes verfassungswidrige Ziele verfolgen. Hierzu gibt es im Urteil einen Fingerzeig des Bundesverfassungsgerichtes.

Fakt ist jedoch, unabhängig von einem Verbot oder Nicht-Verbot ist der Kampf gegen nazistische, rassistische, ethnische Ideologien und Politikbestrebungen eine aktuelle und andauernde Aufgabe. Denn mit der NPD, dem „III. Weg“, der „Die Rechte“ usw. existieren „unbedeutende“ organisatorische Strukturen, die schneller als gedacht sich bedeutend zusammenschließen können.

Jürgen Jahn

ZU »DIE LINKE - QUO VADIS?«

Vogtlandbote Januar 2017

Zitat: „Er (Ramelow) sieht uns keinesfalls klar Links, als sozialistische Partei im Sinne der deutschen Arbeiterbewegung“. Die Aussage finde ich interessant, aber ich empfehle gleichzeitig, sich intensiver mit der deutschen Arbeiterbewegung zu beschäftigen.

Marx schrieb in „Allgemeine Statuten der Internationalen Arbeiter – Assoziation von 1872“, dass nur die Arbeiterklasse der modernsten und fortgeschrittensten Länder ihre Idee verwirklichen kann. Deutschland war vorm I. Weltkrieg eine der größten Industrienationen Europas. Sein Anteil an der Weltindustrieproduktion lag bei rund 15 Prozent, der britische Anteil bei 14 Prozent und der USA lag bei 32 Prozent. Im Jahre 1912 war die SPD mit 34 Prozent stärkste Partei im Reichstag.

Mit Beginn des I. Weltkrieges entstand der Albtraum der Menschheit im zwanzigsten Jahrhundert, und die SPD hat dagegen nichts getan. Die SPD-Führung und die Reichstagsabgeordneten sagten JA zum Krieg, und die Mitglieder folgten. Nach dem Krieg hatten sich die SPD und die KPD in der Weimarer Republik bekämpft, und die Nazi wurden Sieger. Die deutsche Arbeiterklasse war nicht in der Lage, sich selbst aus der Naziherrschaft zu befreien, sondern die Alliierten hatten es mit viel Blut bezahlt.

Nach dem II. Weltkrieg war Deutschland geteilt und es kam zum Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf deutschem Boden. Sozialismus verlor, weil er u.a. die Gier der Menschen nach dem Mammon auf Kosten der Dritten Welt nicht befriedigen konnte. Die DM war stärker als die Solidarität und als der Versuch eine bessere Gesellschaft ohne die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen aufzubauen.

Die Osis trugen 1989/90 nicht nur die DDR, sondern auch die alte BRD zu Grabe. Der Kapitalismus zeigt heute sein wahres Gesicht. Ich höre öfter, den Kapitalismus haben wir uns so nicht vorgestellt. Aber wie soll es wei-

ter gehen?

Nach einem Vierteljahrhundert hartem Kampf von einem Häuflein Mitglieder, heute zirka Fünftausend, haben wir in Thüringen erstmals eine R2G-Regierung und nicht alle von der Partei DIE LINKE kommen damit klar. Ich höre oft, wir können den Ramelow nicht mehr wählen, er vertritt nicht unsere linke Politik. Aber die PDL hat doch keine absolute Mehrheit und deshalb muss Ramelow, Kompromisse mit der SPD und den Grünen eingehen. Und was kommt nach Ramelow 2019? Soll uns Mohring mit seiner CDU ab 2019 wieder regieren?

Wir können unsere linken Ideen nur außerparlamentarisch und in Parlamenten mit der SPD und den Grünen umsetzen. Aber ohne Unterstützung der Mitglieder in den Kreisverbänden und Mandatsträger in den Kommunalparlamenten werden wir unsere Politik in der R2G-Regierung nicht umsetzen können. In unserem Parteiprogramm steht im Kapitel V: „Es ist Aufgabe der Partei DIE LINKE, diesen Prozess bewusst und aktiv zu fördern.“

Als Regierungspartei sind wir anders gefordert als in der Opposition. Die Bürger in Thüringen erwarten von unserer Partei eine klare politische Führung, eine glaubwürdige, seriöse und verantwortliche Regierungspolitik in den Kommunen und in der Landesregierung. Und das schaffen wir nur, wenn jedes Mitglied nach dem Motto handelt:

„Das ist meine Regierung, das ist meine Partei, das ist meine LINKE.“

NEIES VON DAR META

Ne Freitooch frieh um Neine is de Meta ze iehrer Plauschen Freindin, dor alt Neideiteln gefahrn un die zwee Weible hamm siech im Café getroffn. Nooch dem gutn Weihnachtessen un denn Neigoahrskarpf'n hattn se gar kann großn Hunger un hamm ze iehr'n Kaffee ner e frisches Stick Bienestich gessen.

Nooch dem se ausgiebisch drier gewaafft hattn, woas se alles Gutes zen Fest gekocht un gebackn hamm froocht de Meta „Nu mei Gute woas gibbsn Neies bei eich in Plaue?“ Do soocht de Neideiteln: „Du glabbst dess net; Wenn unner MdL Heidan woas nei de Zeitung schreibt isses meistens großer Mist. Du woast doch, erscht vorm Fest hott der Kerl ne Plauschen Oberberschamaaster polizeiliche Aufgaben zur Sicherheit am Tunnel aufs Auge drickn wolln, woas denn aber gar net zustätt. Mar kaa net hoheitliche Polizeiaufgab'n von Hinz und Kunz machen lessen.“

Kaum iss ses neie Goahr losgange hott dor Quattarisch ne Montooch in dar Presse de nächste Taub losgelesn. Um Ausländer besser ze intregier'n un Arbeit ze verschaffn, will die Pfeife den hart erkämpften gesetzlichen Mindestlohn un ne Kündigungsschutz für Asylanten aussetzen. Dess is doch fier de Unternehmer e gefundenes Fressen. Die wern kaan deitschn Handlanger mehr aufn Bau eistelln, wenn se en Ausländer fier Butterbrot un nem Ei krieng kenne. Do hott dor Heidan aber so viel Kontra krischt, dessar glei ne nächstn Tooch in dar FP siech Asche aufs Haupt streit un soocht, dess er doch fier Mindestlohn un Kündigungsschutz sei. Woas seste denn dem Maa noch glaam?“

Drauf de Meta „Der sollte erscht moll sei Gehirn eischaltn, bevor der Kerl losplärrt un siech als Katholik e Gebetswort von Bischoff Hengsbach ze Herz'n nemme: „Lieber Gott hilf mir, mein großes Maul zu halten, bevor ich weiß, worüber ich rede!“

Stanislav Sedlacik

Dieter Riedler

BLAUER MUT

Einen Tag vorm Heiligabend bekam ich ein Weihnachtsgeschenk von der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: In meinen Briefkasten lag ihre Zeitung „Blauer MUT“.

Die Farbe "Blau" ist traditionell die Farbe Europas; die EU-Flagge und das Symbol der UN sind in Blau gehalten, da sie neben Weiß als Farbe des Friedens gilt. Deshalb wundert mich, dass eine Antieuropa-Partei die Farbe Blau benutzt. Und was "MUT" betrifft: da geht es doch der AfD nicht um Wagemut oder Beherztheit, dass man sich traut, in eine mit Gefahren verbundene Situation zu begeben. Sondern geht es nur um Emotionen, um Wut, um Angst und um Panik. Das alles ist sehr gefährlich und erzeugt in letzter Zeit eine Gewalt gegen Migranten und Andersdenkende.

Warum finden diese Emotionen so viele Anhänger? Wer 1990 geglaubt hat, der zunehmende Wohlstand würde zu Gleichheit und Gerechtigkeit führen, der dürfte enttäuscht sein. Die Diktatur der Finanzmärkte über die Weltpolitik untergräbt das kapitalistische System. Nach der Einheit Deutschlands sinkt der Lebensstandard, und die Mittelschicht schrumpft in Deutschland immer mehr (so eine Studie des Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin). Deshalb gibt es Abstiegsängste bei der Mittelschicht, in Hartz IV abzurutschen, und diese Angst macht anfällig für einfache Antworten.

Aber worin liegen denn die wirklichen Ursachen für das Schrumpfen der Mittelschicht?

Im September 2008 ging die US-Investmentbank Lehman Brothers unter, das war der Auftakt der globalen Finanzkrise. Doch seit dem großen Crash hat sich kaum etwas geändert. Kein einziger Bankchef sitzt im Gefängnis, unbeherrschbare Risiken wuchern, Banken können Staaten weiterhin erpressen. Die nächste Krise ist nur eine Frage der Zeit. "Die Demokratie", mahnt Hugo Bänziger, "überlebt keine zweite Bankenkrise". <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Warum-eine-neue-Fina...> Das letzte deutsche Banken-Rettungs-

paket umfasste rund 500 Milliarden Euro Steuergelder, und dieses Geld fehlt dem Staat für notwendige Konjunkturprogramme, was Arbeitsplätze und auch gute Löhne sichern und somit den Mittelstand stärken könnte.

Seit 1990 ist Deutschland wieder eins und hat aus der Geschichte nichts gelernt. Die Bundeswehr engagiert sich bei Auslandseinsätzen mit ihren Bündnispartnern im Kosovo, Afghanistan, Syrien und lauert an den Grenzen zu Russland. Weltweit sind nach Angaben der UN zirka 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Und heute sind viele Bürger_innen schockiert, weil die Flüchtlinge auch zu uns kommen. Dabei wählen die Bürger_innen die Parteien, welche Bundeswehr-Soldaten in Kriege schicken und fragen die Bundestagsabgeordneten nicht, warum auch ihre Kinder oder Enkel beim Bundeswehr-Auslandseinsatz mit dabei sind. Die Rüstungsindustrie verdient Milliarden an den Waffenlieferungen in Krisengebiete. Aber wer anderen einen Schaden zufügt, muss dafür zahlen. Warum bezahlt die Rüstungsindustrie nicht für die Flüchtlinge, sondern einzig der Steuerzahler?

Steuerhinterziehung ist in Deutschland ein massives Problem.

Focus vom 24.09.2015: Rund 400 Milliarden Euro deutsches Schwarzgeld liegen weltweit in Steueroasen, dem Fiskus gehen dadurch Jahr für Jahr geschätzt 100 Milliarden Euro verloren. Das ist zehnmal so viel wie Deutschland in diesem Jahr für Flüchtlinge ausgeben wird, die um ihr Leben fürchten?

Der gesunde Menschenverstand und vernünftige Schlussfolgerungen sind die Grundlage für eine Demokratie. Wählen gehen heißt nicht, voller Frust es denen da oben mal zu zeigen, wählen heißt mitentscheiden, welche Partei regieren soll. Deshalb empfehle ich allen Bürgern_innen welche 2017 zur Wahl gehen werden, sich auch mit dem Grundsatzprogramm der AfD zu beschäftigen, und dort ohne Emotionen nach Vorschlägen für eine gerechte Gesellschaft zu suchen. Sie dürften darin aber keinen einzigen finden.

Stanislav Sedlacik

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

R. Ute	Pausa	17.2.
H. Gerda	Neundorf	18.2.
L. Heinz	Plauen	19.2.
G. Hella	Bad Elster	25.2.
S. Waltraut	Plauen	27.2.
S. Helmut	Lengenfeld	27.2.
S. Inge	Rodewisch	29.2.
R. Hannelore	Reichenbach	2.3.
G. Walter	Oberlauterbach	12.3.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

DIE LINKE Sachsen beendet 2016 mit Neumitgliederrekord im durchschnittlich 31,2 Jahre alt, Das jüngstes 16 das ältestes 68 Jahre, 65 % Männer und 35 % Frauen DIE LINKE Sachsen zählte 2016 insgesamt 8.310 Mitglieder.

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.01.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 15.02.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.